

# Depeschen

September 2009

Herausgeber: Kreisverband DIE LINKE.Delmenhorst

Nach dem 27. September wird es ernst:

## CDU und SPD machen nach der Wahl Jagd auf Rentner

Delmenhorst - Nach der Wahl wird es für die Rentner bitter ernst. Die BILD-Zeitung, die nicht im Verdacht steht linkslastig zu sein, warnt in diesen Tagen vor Jagdszenen mit nach dem Halali staatlich verordneter Altersarmut. Durch Daten-Abgleich und Behördenschnüffelei, kann ab Oktober das Finanzamt RentnerInnen erheblich in die Tasche greifen. Selbst Hinterbliebene müssen, durch ein angetretenes Erbe mit Nachforderungen bis zu 10 Jahren rechnen, wenn eine Steuerschuld vor dem Tod des Erblassers festgestellt wird.

In Verbindung mit der Rente ab 67 und dem erweiterten Skandal: Rente ab 69 (!!!) unterstützt BILD endlich auch DIE LINKE in ihren programmatischen Eckpunkten und skandalisiert diese Thematik öffentlich.

CDU, CSU und SPD, mit ihren Partnern FDP und Grüne, treiben seit

Jahren ein böses Spiel und offenbaren durch ihre antisoziale Gesetzgebung ein instrumentell-dissoziales Verhalten. Weil Beamtenpensionen angeblich voll besteuert werden, trifft es jetzt auch Renten durch nachgelagerte Besteuerung, d.h. Altersvorsorgeaufwendungen wirken bis zum Renteneintritt steuermindernd, die Erträge hieraus werden jedoch nach Renteneintritt steuerpflichtig. Unberücksichtigt bleibt, dass der einzelne Beamte nichts beiträgt, sondern der Staat die volle Pensionsrückstellung übernimmt. Im

Gegensatz zur gesetzlichen Rente, wo jeder Sozialversicherungspflichtige mit seinem Arbeitgeber hälftig in die Rentenkasse einzahlt. Von den Höhen der Beamtenpensionen können Rentner nur träu-

men, diese errechnen sich aus dem Durchschnittsverdienst der letzten 3 Jahre zu 73%, bei

einer zugesicherten Mindestpension von z.Zt. 1.363 Euro pro Monat. Gesetzliche Renten errechnen sich aus dem Durchschnitt der eingezahlten Jahresbeiträge, ohne Anspruch auf Mindestrente, sodass viele Renten das Existenzminimum nicht erreichen. Pensionen werden nur teilbesteuert. Pensionäre sind privatversichert und erhalten erhebliche Beihilfen.

Das harmlos klingende Alters-einkünftegesetz (AltEinkG) trifft

Weiter nächste Seite

**Für den Reisepass:  
12jährige musste  
Fingerabdrücke abgeben**

*In Nr. 5 der DEPESCHEN begannen wir mit dem Teilabdruck einer Geschichte, die sich real am 3. Juli.2009 im Bürgerbüro der Stadt Delmenhorst zugetragen hat. Wir bringen hier den Vorfall noch einmal in ganzer Länge.*

„An diesem Tag begab ich mich (der Unterzeichner) mit meiner Tochter (12 Jahre) sowie deren Mutter dorthin. Zweck war die Beantragung eines Jugendreisepasses, da der Kinderausweis abgelaufen war und sie kurzfristig zu ihren Großeltern nach Kuba reisen wollte. Es nahm zunächst den mir bekannten Gang (Formalien und neues Passfoto), bis die dortige Angestellte einen kleinen schwarzen Apparat zu meiner Tochter schob und sie aufforderte, abwechselnd die Zeigefinger der jeweiligen Hand auf Selbigen zu legen, zwecks Abnahme der Fingerabdrücke!

Auf meine Intervention hin antwortete sie, das wäre Gesetz „in Bezug auf die Ausstellung neuer Reisepässe“. Zähneknirschend gab ich meine Zustimmung (da sonst keine Reise nach Kuba) mit dem Wissen, dass meine 12 jährige Tochter von nun an, bis an ihr Lebensende, erkennungsdienstlich in die Fänge der Staatsgewalt geraten ist!

Dazu fällt mir folgendes ein:

1. Natürlich ist mir bekannt, dass neue Reisepässe mit Fingerabdrücken ausgestattet werden! Doch bisher ging ich davon aus, dass dies volljährige Personen betrifft! Doch nun ist es Gewissheit: Die Staatsgewalt „vergreift“ sich auch an Jugendlichen und Kindern!

Weiter nächste Seite

von Seite 1: **CDU und SPD ...**

nach der Wahl, mit dem Datenabgleich der Rentenkassen und Finanzämter, ca. 4 Millionen Rentner zusätzlich, nicht wie Regierung und SPD-Trübfischer, Holger Ortel, behaupten, nur die Reichen, sondern auch mittel-schichtige und ärmere RentnerInnen. Vor allen Dingen dann, wenn wegen zu geringer Rente, vor gesetzlichem Eintrittsalter etwas hinzuverdient werden mußte. Das Brutto-Gesamteinkommen von alleinstehenden/verheirateten RentnerInnen, bleibt bis zur Steuerfreigrenze i.H.v. 7.664/15.328 Euro pro Jahr, 639/1278 Euro/Monat, steuerlich unangetastet, darüber hinaus kann eine steuerliche Überprüfung nach AltEinkG durchgeführt werden. Für das 480 Milliarden-Geschenk an die Banken, von CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne, gegen **DIE LINKE**, beschlossen, werden die RentnerInnen gnadenlos mit zur Kasse gebeten.

Zuerst haben RentnerInnen durch die hemmungslose Gier von Manager und Banker einen Teil ihrer Altersrücklagen verloren (z.B. Lehman Brother) und jetzt wird auch noch der letzte EURO über die Rentenbesteuerung herausgepresst. CDU und SPD mit Kandidat Holger Ortel leugnen dies

vor der Wahl, aber nach der Wahl werden die Steuerbescheide kommen. Hierbei wird der Steueranteil der Bruttorenten mit den Jahren bis auf Vollversteuerung angewachsen und die Freibeträge auf Null sinken, d.h. die Nettorenten werden durch den steigenden steuerpflichtigen Rentenanteil, sowie den steigenden Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung ständig sinken. Die vor der Wahl beschlossene Rentenschutzklausel ist Rentnerveräppelung, weil sie die Bruttorente vor Steuern und Abgaben betrifft, d.h. der Staat holt sich alles über die Steuer zurück. CDU, CSU, SPD und FDP verhöhnern mit - Mehr Netto vom Brutto - die RentnerInnen. Gegen **DIE LINKE**, wurde die Rente ab 67 von CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne beschlossen, jetzt wird bereits die Rente ab 69 diskutiert. Auch der SPD-Kandidat Holger Ortel hat der Rente mit 67 am 9. März 2007 im Bundestag zugestimmt und dies am 03. Juli 2009 erneut mit seinem SPD-Partei-Spezi Garrelt Duin bestätigt.

**Von wegen anpacken anstatt schnacken.** Im Gegenteil: Vor Ort klug schnacken und in Berlin anders abstimmen, siehe Rente. Dies alles sind klare Ansagen zu weiteren Rentenkürzungen, mit

sozialem Zynismus und biologischem Hintergrund, sowie staatlicher Verordnung von Altersarmut. RentnerInnen dürfen sich nicht länger belügen und wahlbetrügen lassen. Im Bundestag wird deshalb **DIE LINKE** immer ein lautes Sprachrohr für die RentnerInnen sein. Nur **DIE LINKE**, hat sich bisher der Rentenproblematik mit seriösen Vorschlägen angenommen und fordert:

1. Mindestrente 800 Euro mit jährlicher Anpassung.
2. Ohne Ausnahme zahlen alle Erwerbstätigen, auch Beamte, paritätisch in die gesetzliche Rentenversicherung ein und leisten ihre Beiträge, gestaffelt nach steuerpflichtigem Einkommen.
3. Die staatlichen Subventionen (Riester, Rürup, etc.) werden nicht mehr über die Finanz- und Versicherungswirtschaft, zu deren Gewinnmaximierung, umgelenkt, sondern zur Rentenerhöhung direkt in die gesetzliche Rentenkasse überführt.
4. Bei Renteneintritt wird eine gesetzliche Rente gezahlt, welche sich in der Höhe nach oben abflacht und im unteren Bereich Altersarmut verhindert. **DIE LINKE**, wird für dieses sozial ausgewogene Renten-Modell und für alle RentnerInnen kämpfen.

Volker Wohnig

von Seite 1:

**12jährige musste ...**

2. Grundsätzlich bezeichne ich das neue Konstrukt des Reisepasses (Fingerabdrücke und „noch freiwillig“, das biometrische Foto) als ganz üble Machenschaft des Herrn Innenminister Schäuble (CDU) und seines Vorgängers Herrn Schily (SPD)! Ich gehe soweit zu sagen, das sind üble Stasimethoden! Wobei dies schon fast eine Beleidigung gegenüber „Erichs“ Mannen ist, denn: Diese begnügten sich im Höchsthfall mit Geruchsproben und waren weit entfernt davon, flächendeckend Fingerabdrücke auch von Kindern per Gesetz einzusammeln!

Ich frage mich, wie tief dieser Staat noch sinken will? Wollen CDU und SPD unter gnädiger Akzeptanz von FDP und Grünen wieder auf leisen Sohlen so etwas Ähnliches wie die ehemalige DDR einführen?

Was sie im Verbund mit dem allgegenwärtigen Mainstream „Journalismus“ doch eigentlich der Partei „DIE LINKE.“ vorwerfen!?

Diese selbsternannten „Olympiasieger der Menschenrechte“ (Zitat: Fidel Castro) beschneiden eindeutig die Reisefreiheit! Ich stelle fest: Wenn ich oder andere die Fingerabdrücke nicht abgeben, dann war's das mit der vielgepriesenen Reisefreiheit!

Diese Tatschengeschichte von einem simplen Reisepass macht deutlich, was diese „Herrschaften“ mit dem ständigen Abdudeln der Mär von der „Inneren und Äußeren Sicherheit“ eigentlich bezwecken:

- a) manipulieren und täuschen
- b) die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht stellen
- c) Einschränkung der Freiheitsrechte
- d) Handhabe gegen uns (das Volk) zu haben, falls uns Ähnliches „einfallen“ sollte, wie den Menschen in der ehemaligen DDR anno '89, nämlich: Verschärfter Protest gegen die Staatsgewalt“.

**hier geht's weiter >**

# Türkische Nationalisten im Rat?

**Delmenhorst - Nachdem in der Vergangenheit 14 Ratsherren und Ratsfrauen ihr politisches Lager „wie ein Hemd“ gewechselt haben, gerät die jüngste Abspaltung innerhalb der FDP verstärkt in den Focus. DIE LINKE: „Diese Abspaltung gewinnt vor allem an Brisanz wegen der Bekenntnisse des türkisch-stämmigen Ratsherren Murat Kalmis, der sich als Anhänger der hiesigen Mevlana-Moschee auch als Lobbyist der türkischen Regierung versteht und von ihr dafür nach eigenen Angaben mit Geldbeträgen ausgestattet wird“. Ex-Parteimitglieder von Kalmis berichten unterdessen, dass sich der eloquente Ratsherr stets damit gebrüstet habe, jährlich 30- bis 40 mal in die Türkei geflogen zu sein - freilich nicht, um dort nur Urlaub zu machen.**

LINKE-Vorstandsmitglied Peter Vogel: „Die Mevlana-Moscheen gelten seit langem - auch in Delmenhorst - als Kooperationspartner der vom Verfassungsschutz beobachteten islamistischen türkischen Organisation Milli Görres. Erklärtes Ziel beider Organisationen ist es, eine Gesellschaftsordnung auf Grundlage der Scharia in der Türkei und weltweit zu etablieren. Eine Strategie für dieses Fernziel ist es, Parteien in Deutschland zu unterwandern und sie für ihre Ziele zu instrumentalisieren“. In einigen Fällen überschreite das zivilgesellschaftlich völlig normale kommunalpolitische Engagement die sonst übliche Beteiligung von Migrantinnen/innen am politisch-gesellschaftlichen Leben. **Ein Beispiel:** In Delmenhorst hat die Unterwanderung der FDP durch türkisch-stämmige Mitglieder der Mevlana-Moschee zur gezielten Spaltung der Partei geführt. Vogel, der gleichzeitig Vorsitzender der seit 1993 in der Türkei und im Nahen und mittleren Osten aktiven Medienagentur für Menschenrechte (mfm) sowie

Deutschland-Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Türkei (AGT) ist, die sich für einen Beitritt der Türkei zur EU einsetzt: „Der Vorsitzende der hiesigen FDP ist ein bekennender türkischer Nationalist. Türkische Nationalisten stehen auf der Bewertungsliste der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofes im äußersten rechten politischen Lager und sie sind in der Türkei für massive Übergriffe auf die politische Linke und Andersdenkende mitverantwortlich“. Und weiter: „Diese kalkulierten Methoden der Unterwanderung hiesiger Parteien sind ein klassischer Missbrauch der in Deutschland herrschenden Politik- und Parteienkultur, denn Milli Görres als netzwerkverbundener Kooperationspartner der Mevlana-Moscheen steht konkret im Verdacht, die demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in Frage zu stellen“. Der Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit ist absurd, sagt Vogel: „Wer hier eine Parallelgesellschaft nach den Kriterien eines aggressiven Islam aufbaut muss sich fragen lassen, ob er die hier gel-

tenden Freiheitsrechte nicht gezielt zu seinem Vorteil missbraucht“. Der Verfassungsschutz NRW warnt zum Beispiel in seinen jüngsten Berichten vor einem Erstarken insbesondere türkisch-nationalistischer Ausländerorganisationen wie den rechts-extremen „Grauen Wölfen“. Vogel: „Es ist daher besorgniserregend, wenn nun islamistische Organisationen wie Milli Görres gemeinsame Sache mit Ultra-Nationalisten wie den „Grauen Wölfen“ und anderen machen. In Köln kam es vor kurzem zu einem Bündnis von diversen religiös-nationalistischen Gruppen, um gemeinsam mit 15 000 Anhängern den „Geburtstag des Propheten“ in der Köln Arena auszurichten“. In der Türkei hätten solche Kräfte seit Jahrzehnten fundamentalistisch-nationalistische Ziele verfolgt, die auch stets für eine militärische Lösung der sogenannten Kurdenfrage eingetreten sind. Vogel: „Nicht wenig türkische Mitbürger haben noch nicht akzeptiert, dass Menschenrechte absoluten Vorrang vor dem türkischen Nationalismus haben“.

pe

## Schaukämpfe im Stadtrat

**Delmenhorst -** Nach Ansicht des Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE wurde im Rahmen der Sondersitzung des Delmenhorster Stadtrates im August die Chance auf einen politischen Neuanfang vertan. Anstelle sachorientierter Beiträge wurden alte Rechnungen zwischen Fraktionen beglichen und die „Neue Gruppe“ gefiel sich als Steigbügelhalter für Entscheidungen, die nicht die Interessenlage der Bürgerschaft wiedergeben.

Sicherlich werden jetzt einige sagen und denken, welche Drogen „der denn“ genommen hat, nach dem Motto: „Ich hab doch nichts zu verbergen“!

Dazu möchte ich den FDP Vorsitzenden Westerwelle (der ja nun über jeden Verdacht roter Tendenzen erhaben ist) zitieren und mich seiner Aussage anschließen. Er sagte dazu in einem ähnlichen Zusammenhang: „Diese Meinung ist Untertandenden und entspricht nicht dem Denken freier Menschen“!

Unabhängig davon, was meiner Tochter widerfahren ist, stand mein Entschluss diesbezüglich schon lange fest! Mein Reisepass in der „alten Form“ ist noch bis 2015 gültig. Sollte bis dahin keine Änderung zum alten Zustand erfolgen und alle bis dahin genommenen erkenntnisdienliche Merkmale vernichtet sein, werde ich meinen Pass und die damit verbundene Staatsangehörigkeit abgeben!

Vielleicht werde ich dann Kubaner!!!!

Eines weiss ich aber mit Sicherheit, Hr.Schäuble und Nachfolger:

Meine Fingerabdrücke bekommen Sie nicht, weder im Reisepass noch - wie inzwischen schon laut angedacht - im Personalausweis!!!!

Gerold Warrelmann



**Psst.  
Wir  
kommen  
wieder!**

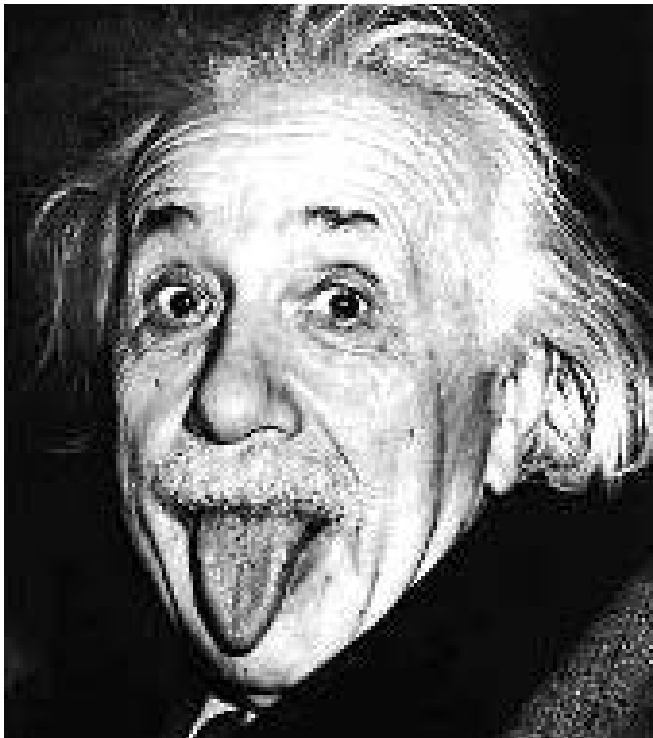
DIE LINKE. hat sich durchgesetzt:

## Toller Rückenwind aus drei Landtagswahlen

Die Ergebnisse der Landtagswahlen (und der Kommunalwahl in NRW) vom 30. August 2009 sind für die uns **LINKE.** mehr als ermutigend und es gilt sie zu feiern! Unsere klaren inhaltlichen Positionen, im Gegensatz zu den weichgespülten Programmen der anderen Parteien, sind bei den WählerInnen, trotz aller Versuche uns in eine Schmutzdecke zu stellen verstanden worden. Als fünfte Partei im Bundestag sind wir nicht mehr wegzudenken und offenbar auch nicht wegzuschreiben oder zu -rechnen!

In zwei Bundesländern besteht zumindest theoretisch die Option für rosa-rot-grüne Regierungen als Alternative zu großen Koalitionen oder gar schwarz-gelb. Entscheidend müssen die Inhalte, nicht die Personen sein!

Auch wenn insbesondere im Saarland der Wahlkampf auf Oskar Lafontaine zugeschnitten war, darf



*Im Vorgriff auf das Ergebnis der Bundestagswahl für **DIE LINKE.** drucken wir schon mal ein Bild des Mathematik-Genies Albert Einstein - anstelle eines Kommentars zu den Ergebnissen der drei Landtagswahlen. Er hätte seine helle Freude daran.*

in Verhandlungen nicht eine Personalie die größte Rolle spielen. Ausschlaggebend muss für die LINKE immer die Frage bleiben, welche unserer Inhalte und Forderungen sich bei einer etwaigen Beteiligung an einer Landesregierung durchsetzen lassen. Wenn eine gute Bildungspolitik, eine kluge Familienpolitik, eine Verringerung der Kinderarmut, eine tatsächliche Gleichstellungspolitik, gute Integrations- und Flücht-

lingspolitik sowie Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung der Politik im Bundesrat bedeutet, dass wir auf die ein oder andere liebgewonnene Personalie verzichten müssen, dann sollten uns unsere Inhalte teurer sein, als persönliche Eitelkeiten.

Andersherum darf nicht aus diesen Eitelkeiten oder aus Machtkalkül heraus und um ihrer selbst Willen eine Regierungsbeteiligung angestrebt werden, bei der wichtige Inhalte auf der Strecke bleiben. Genau diese Bedingungen müssen wir in den Verhandlungsgesprächen mit anderen Parteien für die WählerInnen transparent und nachvollziehbar gestalten, da ansonsten unsere Glaubwürdigkeit auf dem Spiel stehen könnte.

Es muss überdeutlich sein wo unsere Grenzen liegen und wir müssen auch den Mut haben eine rote Linie zu ziehen: Bis hierher und nicht weiter, dann eben ohne uns!

Denn Regierungsbeteiligungen sind nur eine Möglichkeit Politik und Gesellschaft zu gestalten, nicht die einzige.

Lasst uns nun mit diesem kräftigem Rückenwind in die Bundestagswahl gehen!

Franziska Wöckel-Steltenkamp  
Mitglied im Landesvorstand  
Niedersachsen **DIE LINKE.**

**Einfach mal** bei uns

im Internet vorbeischaun:

**[www.dielinke-delmenhorst.de](http://www.dielinke-delmenhorst.de)**

Termine, Neuigkeiten, Politik & jede Menge Links zu anderen Anbietern.

### **IMPRESSUM**

Presserechtlich verantwortlich:

Jörg Dombrowe, Ratsherr DIE LINKE.

Postfach 1241, 27732 Delmenhorst

Tel.: 04221-61160, mobil: 0171-2712322

email: [joerg.dombrowe@ewetel.net](mailto:joerg.dombrowe@ewetel.net)

Redaktion: Peter Vogel

Tel.: 04221-53948, mobil: 0172-4296289

email: [P2807@aol.com](mailto:P2807@aol.com)